

Kommunistisches Organ für den Bezirk Halle-Merseburg

Halle, Mittwoch, 27. Mai 1931

11. Jahrgang Nr. 115

Rabinett berät die Hunger-Notverordnung

Curtius berichtet über den außenpolitischen Bankrott — Brüning-Rabinett berät über das neue Attentat auf die Beamten, Erwerbslosen und Sozialrentner — Das Spiel mit der SPD schon abgetarnt — Die sozialfaschistischen Führer für unbeschränkten Zollwucher — Unsere Parole lautet: Volksaktion gegen die Hungerverordnungen

Heute tritt die Reichsregierung zusammen, um einen Bericht über den Genfer außenpolitischen Bankrott entgegenzunehmen, und die Reihe der deutschen Vertretung zur Zusammenkunft in Genua zu beraten. Es geht heute wahrscheinlich mit der Beratung der neuen Hungerverordnung Brüning gegen die Erwerbslosen, Beamten und sozialen Unterhaltungsempfänger begonnen werden, nachdem die Beratung schon seit Wochen mit verschiedenen Vertrauensleuten der Diktaturregierung durchgesprochen wurde.

Am ihrer stärksten Stütze, der Sozialdemokratie, die Durchführung ihres Parteitagess zu erleichtern, wird die Regierung Brüning die Veröffentlichung ihrer Hungerverordnung auf die Tage nach dem Leipziger Parteitag hinausgeschoben.

Das allen amtlichen und halbamtlichen Veröffentlichungen und dem, was die bürgerliche Presse oder Mägen über den Inhalt der neuen Hungerverordnung zu berichten, geht einseitig hervor, daß alle wesentlichen Punkte bereits festliegen. Das Brüning-Rabinett denkt daran, auch nur auf einen Punkt dieses neuen Hungergesetzes auf die wertvollen Kräfte zu verzichten. Sowohl der Leiter der Erwerbslosenunterstützung und der Sozialversicherung wie auch der neue Gehaltsraub an den Beamten bereits fest.

Die Sozialdemokratie mit diesem neuen schändlichen Ausmaß auf die Arbeiterklasse, die in der Not steht, wie nie zuvor. Gerade hier zeigt sich, was es in Wahrheit mit dem angeblichen gemeinsamen „Fortwärtigen“ der SPD bei Brüning und mit dem „erlittenen Erfolg“ der SPD-Regierung an den Reichstagswahlen gegen den Preis auf sich hat. Es zeigt sich, daß hinter den scheinbar harten Worten feinerlei Abicht der Regierung etwa wirtschaftliche Schwierigkeiten bei der Durchführung dieses Hungergesetzes zu machen. So schreibt die „Berliner Morgenzeitung“, die es ja wissen muß, am 23. Mai vom Brief der Reichstagsfraktion an Brüning die folgenden Worte:

„Das Schreiben des sozialdemokratischen Reichstagsfraktion ist einseitig in wesentlichen den vorliegenden Beschaffenheit. Der Ton ist heute noch um eine Nuance härter und gibt dem Schreiben an den Kanzler fast das Aussehen eines „Ultimatums“. Es scheint aber nicht, daß es von der Regierung so aufgefaßt wird.“

Die Sozialdemokratie heute „ernste Briefe“ an Brüning schreibt und angeblich gegen den Zollwucher protestiert,

dann protestiert sie damit tatsächlich gegen ihre eigene Politik. Aber diesen Protest nimmt niemand ernst, und mer ein wenig hinter die Kulissen sieht, der weiß, daß er nur den einen Sinn hat, zum Parteitag der Bankrotregierungsfraktionen ein neues betrübliches Oppositionsmoment herbeizuführen, um den Sturm innerhalb der SPD nicht allzu hohe Wogen schlagen zu lassen.

Dieses schändliche Zusammenpiel der sozialfaschistischen Führer mit Brüning und Schiele muß geschlagen werden. Die sozialdemokratischen Arbeiter gehören in die Front der großen Volksaktion der Hungernden gegen die Satten. Nur die kommunistische Partei organisiert den Kampf des wertvollen Volkes gegen Hungerdiktatur und Faschismus. Sie allein führt das Volk zum Kampf um Arbeit, Freiheit und Brot!

„Neberhaupt keine Unterfützung mehr“

(Eig. Bericht). Neumarkt, 26. Mai.
Vor kurzem wurde auch in Neumarkt (Geiseltal) den Wohlstandspolitikern die Unterfützung gemeldet gestiftet. In einer lauten einberufenen Versammlung tünliche der Gemeindevorsteher an, daß er voraussichtlich im nächsten Monat keine Unterfützung mehr zahlen kann, da Steuerrückstände in Höhe von 20000 Mark nicht eingetrieben werden können. 17000 Mark entfallen davon auf die „Gemeinschaft Leo“, die gegen die Zahlung Einspruch erhoben hat.

Niemals Kapitulation vor dem Sozialfaschismus!

Wiederholende Niederlage der Sozialfaschisten und Renegaten in der ARB-Vertreterversammlung Halle

Halle, 27. Mai.
Die außerordentliche Vertreterversammlung der ARB Halle, die gestern Abend im „Gesellschaftshaus“ Halle sich mit erdrückender Mehrheit auf den Standpunkt der revolutionären Genossenheitsopposition, angefaßt der gegenwärtigen gewaltigen Schwierigkeiten des größten Arbeiterunternehmens im Bezirk Halle, den von den Sozialfaschisten ideologisch herbeigeführten Bankrott des ARB mit allen Mitteln zu verhindern und ebenso jedes Zurückweichen von einer revolutionären Klassenbewußten Genossenheitspolitik, die politische Unterwerfung unter die GEG mit aller Entschiedenheit abzulehnen. Die Sozialfaschisten, die gestern trotz aller Warnungen nur etwas über die Fülle ihrer Vertreter zur außerordentlichen Vertreterversammlung bringen konnten, sind im Grunde mit dem Renegatengrüppchen der Sachs und Führer die Mehrheit der Vertreter für die Unterwerfung unter die GEG gewinnen zu können. Ihre Abicht, die Mehrheit der Vertreter ertreiben und politisch forumpressen zu können, ist gänzlich gescheitert. Dafür erlitten sie durch die Versammlung eine einseitige politische und moralische Niederlage.

Die Sozialfaschisten angefaßt der Hoffnungslosigkeit der Sozialisten aus der Vertreterversammlung vor dem Abstimmen ausblieben, blieben die von der GEG-Gruppe, die sich als reformierten Renegatengruppen Sachs und Führer politisiert. Sie standen allein auf weiter Flur, als ein einziger Vertreter verdammt sie für ihr „Vernichtendes“ des ARB, nämlich der bedingungslosen Kapitulation vor dem Sozialfaschismus zu gewinnen. Die Entschiedenheit des Vorstandes und der Verwaltung des ARB, die aus Verhandlungen über die Aufhebung der Hungerverordnungen mit den in Frage kommenden Stellen der GEG einzuleiten, nachdem sich die GEG-Gruppe gemeinset hatten, über diesen Punkt mit dem Vorstand zu verhandeln, wurde einstimmig abgelehnt.

So wie der „Klassenkampf“ mit dem Oberpräsidenten, dem Vertreter der kapitalistischen Regierung, zwecks Abklärung des „Klassenkampf“-Verbots verhandelt hat, so verhandelt der ARB mit der GEG als einem Machtfaktor der kapitalistischen Gesellschaft über die Behinderung der Zwangsversteigerung. Die GEG ist nicht weniger ein Instrument zur Unterdrückung der Arbeitermassen als die Vertreter der kapitalistischen Staatseigentümer.
Die von den Renegaten Führer und Sachs eingereichten Entschuldigungen, die teils Mißtrauensanträge gegen den Vorstand des ARB darstellten, und die vollkommene Unterwerfung unter die GEG forderten, wurden mit 101 gegen 4 Stimmen bzw. mit 113 gegen 9 Stimmen abgelehnt. Diese vernichtende Niederlage hatten weder die Sozialfaschisten noch die Renegaten erwartet. Die Ausführungen der Sachs und Führer in der gestrigen Versammlung, die die ganze Zusammenkunft

zeit und politische Korruptiertheit dieser Elemente offenbarte, ließen auf den kürzlich in der Leipziger der Vertreterversammlung. Sie waren nicht in der Lage, die ausgesprochenen politischen Ausführungen des Genossen Erlinger, der an Hand eines umfangreichen Lesefolienmaterials alle Verästelungen und Schändlichkeiten der Renegaten aufzählte, auch nur in einem Punkt zu widerlegen. Mit Recht erklärte Genosse Erlinger: „Es hat keinen Sinn, den ARB als Apparat zu erhalten, wenn dieser Apparat keine Majorenden hinter sich hat.“

Die Massen lehnen aber das Zusammengehen mit der GEG, die mit den kapitalistischen Proterverordnungsformern partiiert, mit aller Entschiedenheit ab.

In der Diskussion erklärte der parteilose Vertreter Krieger, der über 30 Jahre lang in der SPD organisiert war, unter dem härmischen Schein der Versammlung:

„Uns zwingt der Hunger zur Einheit, aber diese Einheit ist nicht denkbar mit den Sozialdemokraten, die den Konium demütigt gerät!“

Mit derselben proletarischen Entschlossenheit und politischem Klarsicht, mit der die gestrige Vertreterversammlung des ARB sich auch weiterhin zur revolutionären Genossenheitspolitik und zum schonungslosen Kampf gegen die Sozialfaschisten und ihre Lakaien bekannte, gilt es jetzt, diesen Kampf unter den Massen der proletarischen Verbraucher fortzusetzen und trotz aller Schwierigkeiten und Behinderungsversuche der Reformisten die revolutionäre Einheit gegen die sozialfaschistische Front zu befestigen.

Von Genf nach Chequers

Neue Verschärfung der Lage in Deutschland

Von Th. Neubauer (Berlin)
Nach war der Außenminister Curtius nicht aus Genf zurückgekehrt und schon erhalte nicht aus dem Silber-Suenerberg-Lager, sondern auch aus den Reihen seiner eigenen Partei — aus den Spalten der „Deutschen Allgemeinen Zeitung“ — der Ruf nach seinem Rücktritt und beiseitejagen damit der Regierung die Niederlage, die sie in Genf erlitten hat. Braucht ist der „moralische Erfolg“, mit dem Curtius aus den Vorderebenen der Genfer Januartagung zurückkam; diesmal verliert er die Völkertagung als der in allen Punkten, sowohl in der Jollanionsfrage wie in der Abrüstungsfrage, Geschlagen, als der „blamierte WirtelEuropäer“.

Für jeden, der die Umstände dieser Genfer Konferenz eingehend näher betrachtet, mußte es von vornherein unübersehbar erscheinen, mit welchen Illusionen die deutsche Bourgeoisie nach Genf ging. Die Hoffnungen auf englische und italienische Unterfützung haben sich wiederum prompt als Trugfäden erwiesen; weder Henderson noch Grandi haben Keigung gezeigt, den Herren Curtius und Schöber beizupfehlen. Selbst ein Blatt wie der „Vorwärts“, der doch sonst aus allen Willen Sonntag für die Außenpolitik des Ministers Curtius gelammelt hat, muß anerkennen, daß Deutschland mit dem Plan der Jollanions bisher keine Vorarbeiten gemacht, sondern sich nur in eine völlige Jollanions hineinmanövriert habe.

Selbst wenn der „Kompromißantrag“ Hendersons, die Jollanion bis nach der Entscheidung der juristischen Experten im Haag zu vertagen, noch nicht die vollständige Erledigung dieses Projektes bedeutete, so haben doch Frankreich und seine Satelliten bereits ihren endgültigen Widerspruch so unzweideutig zum Ausdruck gebracht und eine erneute Behandlung der Frage vor dem politischen Gremium in Genf angelehnt, daß trotz aller „Verwahrungen“ von Seiten des deutschen Außenministers an eine Realisierung dieses Projektes auf absehbare Zeit nicht zu denken ist.

Mit der Genfer Niederlage belastet, wollen nun die Leiter der deutschen Politik, Brüning und Curtius, nach Genua gehen. Daß sie dort eine günstigere Wendung der Jollanionsfrage herbeiführen könnten, dürfte kaum noch jemand erwarten. Wollen sie dort nur „Atmosphäre“ machen oder haben sie die Absicht, in den vertraulichen „Wochenend“-Besprechungen des Projektes des „Reparationsstreifens“ zu hantieren, wie es gegenwärtig in den Epochen des Brüningblocks immer dringlicher erachtet wird? Dies könnte sehr leicht zu einer neuen Niederlage Brüning's führen, und es scheint, als ob das gegenwärtige Kabinett nicht mehr diese solcher Niederlagen vertragen kann.

Denn die innenpolitische Position der Regierung ist schon

Ein Sieg des Sowjetnaphthas über Deterding

Der Madrider Korrespondent der „Pravda“ berichtet, daß die Sowjetnaphtha-Fabrikanten in den letzten Tagen durch den Kampfsieg des spanischen Sowjetnaphthas über Deterding einen großen Erfolg erzielt haben, in Anbetracht der verschiedenen Art und Gruppen, deren Interessen durch den Abkommen verletzt wurden, legten alle ihre Kräfte auf die Nichtbestätigung des Abkommens durch den Minister zu erreichen. Die rechte sowie die katholische Presse bemüht sich, sich im letzten Moment zu bestimmen. Sämtliche „Sowjetnaphtha“ wurden ausgepumpt. Die ausländischen Naphtha-Produzenten organisierten einen katastrophalen Sturz der Naphtha, die auf einen beispiellos tiefen Kurs sank, und sie überließen offen den Sturz der Naphtha mit dem Abschluß des Abkommens mit der Sowjetunion.

Der amerikanische Volkshalter beschloß den Finanzminister gegen die Beibehaltung der Bestätigung des Abkommens. Die britischen Kreise auf den Straßen und in den Restaurants demonstrierten und polemisierten über die Folgen dieses Abkommens. Eine große Senation löste die Veröffentlichung der Kapitalist des früheren Königs aus, wodurch es sich zeigte, daß die Macht der spanischen großen Aktienbesitzer, die Kapitalisten des früheren Königs, in Höhe von 4 Millionen Dollar jährlich bedeu. Dieses Abkommen ist ein schwerer Schlag für Deterding und für Standard Oil, welche durch den spanischen Markt fast gänzlich verdrängt werden.

Shanghai's Blutbad

Shanghai, 26. Mai. Unruhig wird gemeldet, daß in Shanghai am Freitag 21 chinesische Kommunisten wegen des Verfalls, am 18. Mai in Shanghai Unruhen begangen, zum Tode verurteilt und hingerichtet worden sind.

Cappomardi nach der Sowjetgrenze

Die finnischen Provokationen dauern an. Helsinki, 26. Mai. Trotz der Behauptungen der bürgerlichen Presse Finnlands über die angebliche Einstellung der Sowjetunion zu den Demonstrationen der finnischen Organisationen an der Grenze, kann die Zeitung „Suomen Sosialistinen Aikakaus“ mitteilen, daß der russische sowjetische Frontkommando nach den finnischen Schären am 25. Mai hat einmarschieren. Der Marsch begann um 9 Uhr morgens in Wedos auf Automobilen in der Richtung der Petrograder Gasse angetreten.

Schwerer Wolkenbruch in Bukarest

In allen Teilen des Landes werden große Überschwemmungen und Wasserfluten gemeldet. Ueber Bukarest ging am Sonntag ein mehrstündiger wolkenbruchartiger Regen nieder. Dieser richtete in den Vorstädten erhebliche Überschwemmungen an. Hunderte von Kellern wurden unter Wasser gesetzt. Auf der Straße steht das Wasser stellenweise 40 Zentimeter hoch.

Barrikaden am Wedding

Der Roman einer Straße aus den Berliner Mätagen 1929. Von Klaus Neukrantz. Copyright Internationaler Arbeiterverband.

„Tolle stand schwerfällig auf, man sah, es wurde ihm nicht so leicht zu sprechen. „Kollegen, — Kurt hat ja recht. Ich schlage vor, in der Welpenpause die Kollegen zusammensetzen und eine Diskussion zu wählen, die im Volkspräsidium steht und einen Protest von uns hindrängt. Ich glaube bestimmt, Kollegen, wenn sie sprechen lassen wird, und gleich ob, det et vielleicht was sagen.“

„Was dir, Tolle?“

„Ich man selber zu dein Jenossen.“

„Tolle drehte sich langsam zu dem jungen Kollegen um und antwortete ernst: „Det... mache ich ooch... id will selber mitreden... wenn ihr mit dazu bestimme.“

Die Worte des Vorters gellte zum zweiten Mal (hars) und in dem Saal.

„Man köche — immer lasche — oder Tropfen, de Arbeit mach nicht meg...“

„Gut, Kollegen, sagt den anderen Bescheid. Bei Welper alles zusammenkommen in die große Halle“, sagte Kurt kurz und schloß die alte Mühle, voll Betonband, über den Kopf. — Er sagte, daß die Sache keinen politischen Zweck haben würde, sondern bloß wichtiger war sie politisch. Der alte Tolle — ein anderer Kerl — sollte selber leben, was da oben gespielt wurde. Die 14 Zentnerdicke wurden ihm heute leichter, als er gewohnt hatte. Es er hinten, sprach er kurz mit den Kollegen, die zum Welper hatte der ganze Bau den „Vormärts“-Artikel des Volkspräsidiums gelesen.“

„In der Halle beschloß man einstimmig die Abwendung einer Diskussion der Belegschaft in das Volkspräsidium. Gemüht wurden der alte Tolle, ein parteiloser Arbeiter und Kurt. Der Vorters machte zwar ein verächtliches Gesicht, als sich die drei Kollegen eine Stunde bei ihm abmählten, aber was sollte er machen!“

Die Köpfe rollen in Indochina

Das Blutregiment der französischen Koloniallogie — Die Guillofine rottet nicht

Paris, 26. Mai. Die „Humanité“ vom 24. Mai schreibt: „Den Nachrichten zufolge, die wir von unserer indochinesischen Arbeiterpartei und durch die indochinesische Presse erhalten haben, wurden im Jahre 1930 86 Todesurteile gegen indochinesische Arbeiter gefällt. Von diesen 86 Todesurteilen wurden 34 durch die Guillofine vollstreckt.“

Am 8. Mai 1930 rollten in Yen-Ban die ersten 4 Köpfe. Am 17. Juni fand das schreckliche Blutbad auf der Wiese von Yen-Ban statt, auf der die freigelegte Revolution den aufständischen Schlägen das verdiente Denkmal errichten wird: 13 verurteilte Schützen besiegten einer nach dem anderen die Guillofine. Am 23. November fanden 5 weitere Hinrichtungen in Hu-Tsa statt.

Der revolutionäre Aufschwung in Polen

Wachsende Streikwelle — Massendemonstrationen — Landarbeitereingebungen Sieben Tote in Dombrowa

Warschau, 26. Mai. Wie jetzt bekannt wird, wurden in Dombrowa nicht vier, sondern sieben der demonstrierenden Bergarbeiter durch Polizeischüsse ermordet, außerdem fünfzehn verletzt. In allen Gruben des Dombrowaebens finden Massenversammlungen der Bergarbeiter statt, in denen der Generalstreik beschlossen wird.

In Zamorsko nahmen am 25. Mai eine Versammlung 3000 Arbeiter teil und es wurde von den Vertretern der Gewerkschaften erklärt, es werde an der Höhe und den Arbeitsbedingungen nichts geändert. Der Streik in Zamorsko dauert fort.

Das Auto des Fabrikdirektors von Kadach wurde von Arbeitern beschossen.

Warschau, 26. Mai. Die Presse bringt täglich Meldungen über die anwachsende Welle von Streiks und Demonstrationen der Arbeiter und Erwerbslosen. Infolge „Mangels an Aufträgen“ schloß die Grundfabrik voran, in der 1200 Arbeiter beschäftigt sind, am 25. Mai, was sie bereits bekanntgegeben haben. Das größte Hüttenwerk „Lauria“ mit 1200 Arbeitern hielt den Betrieb ein. Die größte Sägholzfabrik in der Nähe von Warschau schloß ab 1. Juni auf „unbestimmte Zeit“.

Wachsende Saatfläche in der Sowjetunion

Beschleunigte Durchführung der Aussaat

Moskau, 26. Mai. Die in der ganzen Sowjetunion eingetretene günstige Witterung fördert die weitere erfolgreiche Durchführung der Frühjahrspflanzung. Allein in den fünf Tagen vom 15. bis zum 20. Mai wurden über 20 Millionen Hektar besät. Angeseht wurden bis zum 20. Mai in der ganzen Union bereits 56 602 000 Hektar besät, was zu dieser Zeit im vergangenen Jahr besätete Saatfläche des Sommergetreides überstieg, obwohl im vergangenen Jahr infolge der klimatischen Verhältnisse die Aussaat drei Wochen früher begonnen hatte als in diesem Frühjahr.

Von den angegebenen Zahlen entfallen auf die Kollektivwirtschaften 37 381 000 Hektar, Sowjetgüter 5 616 000

Guillofine. Am 23. November fanden 5 weitere Hinrichtungen in Hu-Tsa statt.

Diefer Blutliste müssen zwei andere Einrichtungen durch die Guillofine, die Anfang 1931 in Vinh stattgefunden, hinzugefügt werden.

Die Kautschukfabrik „Graefeld-Victorias“ liegt still. In dieser Fabrik waren 500 Arbeiter beschäftigt.

In Pragitz versammelten sich am 19. Mai 700 erwerbslose Landarbeiter und verlangten Arbeit. Die Polizei grifferte die Demonstranten und verhaftete zahlreiche von ihnen.

In den Deutschen benachbarten Bezirken haben wiederholt Landarbeiterdemonstrationen stattgefunden in Verbindung mit dem Rückgang der Nachfrage nach Arbeitskräften in Deutschland, wobei jährlich zehntausende polnische Landarbeiter jenseits. Ueber 1000 Landarbeiter versammelten sich in Wejlan (an der deutschen Grenze). Dasselbe ereignete sich in Sersa, wo sich an Stelle der verlangten 150 Arbeiter mehr als 1500 auf dem Arbeitsnachweis einfanden. Es kam zu einem Zusammenstoß mit der Polizei.

Am 21. Mai fand in Warschau auf dem Platz Leszaska Ram ein großes Arbeitermeeting statt mit anschließender Demonstration. Die Arbeiter trugen Transparente mit Aufschriften wie: „Heraus mit den politischen Gefangenen! Nieder mit der schicksalhaften Diktatur! Es lebe Sowjetpolen!“

Der Demonstrationzug bewegte sich vom Stadtzentrum; herrliche Polizei mit gezogenen Säbeln überließ die Demonstranten und schlug mit Gummiknüppeln, Säbeln und Gewehrstoßen auf sie ein. Trotzdem wiederholten die Arbeiter ihre Demonstrationsversuche, wurden aber jedesmal von der Polizei zerstreut.

Warschauer Gemeindefunktionäre streiken

Warschau, 26. Mai. Eine Generalversammlung der Delegierten der Gemeindefunktionäre von Warschau legte für den 29. Mai einen eintägigen Proteststreik gegen eine 15prozentige Herabsetzung der ohnehin elenden Löhne an. Es wurde ein Streikkomitee gewählt. Die öffentliche Mitteilung gibt auch eine Herabsetzung der Pensionen bekannt.

Tolle hatte noch nie einen Offizier ohne Kopfbedeckung gesehen.

„Tolle hatte noch nie einen Offizier ohne Kopfbedeckung gesehen. Wie hier waren die Herren schließlich zu Hause, genau 10 wie er zu Hause ja auch nicht mit einem Hut auf dem Kopf herumliegend. Argendie verirrte ihn dieser glatzköpfige blanke Kopf des Offiziers...“

„Es wollten nicht nach dem Zimmer des Präsidenten fragen und gingen weiter, als wenn sie wie alle anderen in dem großen Saale ganz ohne Befehl müßten. Die immeren Stiefel der drei Bauarbeiter hatten auf dem Steinboden.“

„Volkspräsidium“
Anmeldung Zimmer 209.

Tolle fühlte nach dem Papier in seiner Rocktasche, auf dem sie sauber und ordentlich die Protestresolution der Belegschaft aufgeschrieben hatten. — Er war auf sich selber wütend. Zum Donnerwetter... schließlich war der Volkspräsident auch nur ein Parteigenosse von ihm, denn die Arbeiter dazu gemacht hatten, was er jetzt war. Er würde einfach zu ihm reingehen und sagen: Guten Tag Genosse Präsident, hier wollen wir dir eine Resolution übergeben. Sehen Sie mal, Genosse, es wird Ihnen sicher daran liegen zu wissen, wie ein sozialdemokratischer Arbeiter über Ihren Erfolg denkt. So geht das wirklich nicht, Genosse Volkspräsident...“

„Er hatte schon ganz vergessen, daß er noch vor einer Stunde mächtig ausgeputzt hatte vor diesem „Genossen.“

„Zimmer 209“ — sie klopfen an und öffnen die Tür. — Tolle wunderte sich, wie behaglich und hübsch das Vorzimmer des Präsidenten ausah. Er hatte sich das viel nüchternere und strenger gehaltene, etwa wie die Maschinen auf dem Volkspräsidium, so man sich bei einem Wohnungswechsel ans und abmahlen mußte. Hinter einem Schreibtisch am Fenster sah ein Herr, der sie etwas erkannt ansah.

„Bitte. Sie wünschen, meine Herren?“

Kurt hielt sich abfällig etwas im Hintergrund. Hier sollte Tolle die Sache mal lieber selbst machen. Er hob den Mauerer nach vorn.

„Wir wollen zu dem Herrn Volkspräsidenten“, sagte Tolle sicher und selbstbewußt. Der Herr hinter dem Schreibtisch machte ein höfliches Gesicht.

„Wie meinen, Herr Oberst...? Dabei klappte der Zitronen hörbar die schiefen Wägen zusammen.“

Der Volkspräsident am Eingang des Präsidiums blinnte mißtraulich den drei Arbeitern nach, die glatt an ihm vorbeigegangen und in einem der schiefen langen Korridore verschwunden waren. Blicke hätte er die drei verdächtigen Gestalten nicht vor dem 1. Mai doch nicht so ohne weiteres durchlassen sollen...“

„Dem alten Tolle war nicht wohl zu Mute. Die vielen Türen mit ihren unerschöpflichen, verdrängten Aufschritten machten ihn unruhig. Herren mit scharfen, randlosen Gläsern im Gesicht, liefen durch die Gänge und haben die drei Arbeiter so merkwürdig an. — Aus einer Tür kam ein Volkspräsidium ohne Mütze und Koppel heraus und rief einem Zivilbeamten, der dort sofort lehr machte und schnell zurück lief, etwas nach.



Für Brot und Freiheit!

Heraus zum Solidaritätstag 1931!

Wir alljährlich, so demonstrieren auch im Jahre 1931 am 14. Juni die Internationale Arbeiterhilfe in allen kapitalistischen Ländern gegen die soziale Reaktion, gegen Unterdrückung, Faschismus und Imperialismus, für den Einheitskampf aller Unterdrückten, für die Sowjetunion, für internationale proletarische Solidarität und für Arbeit, Brot und Freiheit!

Wieder bisher die Solidaritätstage in lokalem Maßstabe und verschiedenen Tagen durchgeführt, so muß in diesem Jahre der Solidaritätstag zu einer gewaltigen Manifestation des internationalen Proletariats werden und in allen Ländern an einem Tag, dem 14. Juni, zu großen Kundmärschen, Solidaritäts- und Kampfabendungen der IAH in Stadt und Land unter Beteiligung aller Klassenbewegten Vertretungen führen.

Der Solidaritätstag 1931 muß eine flammende Manifestation des Kampfeswillens der Arbeiter und Kapitalarbeiter, Bauern und verwandten Mittelschichten werden. Millionen müssen an diesem Tag das Gelobnis der Solidarität mit den 30 Millionen Erwerbslosen ablegen und die revolutionäre Einheitsfront gegen kapitalistische Unterdrücker und Faschisten formieren.

Wir rufen alle Werktätigen, alle kulturellen, sozialpolitischen Organisationen, alle gewerkschaftlichen Organisationen und alle Gewerkschaften, alle Hand- und Kapitalarbeiter auf:

Teilzunehmen am 14. Juni 1931, am Solidaritätstag unter der Fahne der IAH für internationale proletarische Solidarität! Solidarität aller Länder vereinigt euch!

Für das IAH: Münchenberg, Leob- bour, Miliano.

Für den Reichsausschuß der IAH: Prof. Alfons Goldschmidt, Maria Krenke, Georg Vindemann, Walter Ehrmann, Hermann Leopold, Georg Dämminghaus, August Brandt, Kurt Sauerland, Dr. Fritz Reich, Gustel Schmidt ufm.

Staatsanwalt erklärt: Die Schuldigen sind nicht zu ermitteln

Die Schuldigen aber sind Nazibuben

Nachflänge zum Heilbrunger Naziüberfall auf Arbeiter - Verfahren niedergeschlagen - Beweisstück

Im letzteren Landfriedensbruchprozeß wurden über Arbeiter, weil sie sich gegen laienhaftige Wurdubun zur Wehr setzten, schwere Gefängnisstrafen verhängt. Obwohl es für die Arbeiter und jeden objektiven Beurteiler dieses Zusammenstoßes mit den Nazis klar war, daß die Nazis provozierten und die Schlägerei veranlaßten, wurde das Verfahren gegen die Arbeiter nicht eingestellt. Anders im Falle Heilbrungen, wo vor einiger Zeit ebenfalls eine blutige Auseinandersetzung zwischen Nazis und Arbeitern stattfand. Wie wir durch die „Frankenhäuser Zeitung“ erfahren, hat der Staatsanwalt das Verfahren anlässlich des Heilbrunger Naziüberfalls eingestellt, weil angeblich die Täter nicht ermittelt werden können. Jeder Arbeiter in Heilbrungen aber weiß, daß die Täter die Nazis sind. Die Beweis, daß die Schuldigen nicht Kommunisten, sondern Nationalsozialisten sind, liegen im Falle Heilbrungen ganz klar zutage. Bahrscheinlich hat dies auch die Klassenjustiz bemerkt, von einem Landfriedensbruchprozeß Abstand zu nehmen und das eingeleitete Verfahren niederzuschlagen. Wenn wir uns die wegen der Zusammenstoß-

Beweis für die Blutschuld der nationalsozialistischen Wegelagerer, deren Partei sich demagogisch eine Arbeiterpartei nennt.

Es wird der Arbeiterföhrerschaft aber auch zeigen, daß sie sich zum wehrhaften Abwehrkampf gegen den laienhaftigen Terror und die laienhaftigen Banden zusammenschließen muß. Kein Arbeiter, keine Arbeiterin, die nicht Mitglieder des Kampfbandes gegen den Faschismus sind!

„Der Weg der Frau“

Die erste Nummer der großen Frauenzeitschrift, die bereits angefordert wurde, liegt jetzt vor uns.

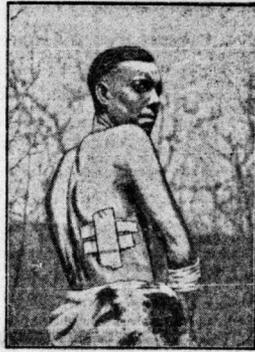
Eine lebendige und vielseitige Nummer, die wohl in der Lage sein wird viele Hunderttausende von Frauen, die dem politischen Leben nach fernstehen, für die revolutionäre Bewegung zu gewinnen.

„Der Weg der Frau“ veröffentlicht als erstes einen Einleitungsartikel, der Aufgabe und Ziel der Zeitschrift umreißt. Es folgen dann ein Interview mit Frau Dr. Kienle, Beiträgen über den § 218 vor Dr. Apfel und anderen. Räte Duncker schreibt über die Erwerbslosigkeit der Frau. Die Unterhaltung bestritt Maria Petriener mit einer spannenden Erzählung und Hedda Zimmer durch ein Gedicht. Frau Grünlich und Frau Grünlich werden vorgestellt als brave Frauen, die sich über allerbund wichtige Dinge unterhalten. „Am laufenden Band“ heißt ein Artikel, der sich mit der kapitalistischen Rationalisierung gegen die Arbeiterinnen beschäftigt. Die Mittelstellen bringen Bilder aus dem Leben der Frauen aller Welt, über richtiges Kochen, zwei Modestilen und ein Schneiderbierbierchen, sowie viele kleine Notizen geben notwendige praktische Ratschläge für den Haushalt. Für die Kinder ist eine Beilage, ebenso für die Jugendlichen. Wie es dem Vater Felix geht und wie man sich einen Fotoapparat baut, wird dort gezeigt. Dr. Swienty schreibt im ärztlichen Ratgeber, über Nimm, Rindfleisch und vieles andere bringt „Der Weg der Frau“ ebenfalls Notizen und Artikel. Diese Zeitung, muß in die Hände der Arbeiterinnen und Arbeiterinnen halten, was versprochen wurde. Eine Frauenzeitschrift ist gefordert worden, mit der wir alle bürgerlichen Frauenblätter und Zeitschriften verdrängen können, mit der es uns gelingen wird, in den weitesten Kreisen der werttätigen Frauen und den Frauen des Mittelstandes Verlier zu gewinnen, die dann über diese Zeitschrift einen Schritt weitergehen und zum Klassenkampf kommen werden. Die Zeitschrift ist bei allen „I.A.H.“-Korrespondenten und Betriebsstellen sowie beim Reichsamt „Der Weg der Frau“, Berlin W 8, Wilhelmstraße 48, zu beziehen. Sie erscheint monatlich und kostet 20 Pfennig und ist damit die billigste Frauenzeitschrift überhaupt.

8. Reichsteilgartentag in Hannover

Vom 20. Mai bis zum 1. Juni findet in Hannover der 8. Reichsteilgartentag statt. Alle zu dieser Reichstagung eingeladenen kommunikativen Delegierten melden sich auf dem Parteibüro der SPD, Hannover, Algenmarkt 21. Es muß nach Anlaß dieser Reichstagung eine Zusammenkunft aller in den Kleingartenvereinen tätigen Kommunisten erfolgen. Die gemählten Delegierten werden durch die Bezirksleitung ihres Bezirks von der erfolgten Wahl zur Reichstagung Mitteilung zu machen.

Neuelisch. Auf der Staatsstraße nach Zeitz nach Meuselwitz wurde am Freitagmorgen der Sobilla ein Krabe von einem Personentransportwagen überfahren und erheblich verletzt.



zwischen Arbeitern und Nazis eingeleiteten und durchgeführten Landfriedensbruchprozeße vor Augen führen, unterliegt es keinem Zweifel, daß auch ein Heilbrunger Landfriedensbruchprozeß gestiegen wäre, wenn man eine Anzahl Arbeiter als die angeblich Schuldigen hätte fassen können. Aber so handelt es sich um Nazis, die schon immer Gnade vor der Klassenjustiz gefunden haben.

Unter Bild

steht der Knopfmacher Alfred Hochhaus aus Frankenhäusern, der in Heilbrungen bei dem Naziüberfall seine nun hinten niedergeschlagen wurde. Dieses Bild bringen wir an dieser Stelle zum

Verstärkt die Werbung in den Betrieben!

382000 Mark ungedeckter Fehlbetrag im Kreise Gardelegen

Der Kreistag genehmigte nach langer Debatte einen Antrag, dem 382000 Mark als ungedeckter Fehlbetrag in den Kreis einzustellen sind. Die Deckung soll durch Reichs- und Staatsmittel erfolgen. Bis zum Eingang dieser Zuschüsse soll aus Zinsen von 182000 Mark aufgenommen werden. Der Fehlbetrag ist in der Hauptliste durch das Kreiswohlfahrtsamt entstanden, das in seinen Ausgaben die Summe des Koronenschlages im Jahr 1930 um weit über 200000 Mark überschreiten muß. An Kreissteuern befiel der Kreistag 50 Prozent von den den Gemeinden im Rechnungsjahr 1931 zufallenden Ueberweisungen 50 Prozent von der Grundbesitzsteuer, 50 Prozent von der Grundbesitzsteuer und 50 Prozent von der Gewerbesteuer.

Der Kreistag des Kreises Verburg beschäftigte sich in ausgedehnter Sitzung mit dem Haushaltsplan für 1931. Kreisrat Günther teilte mit, daß der Kreis infolge des für den Jahreshaushalt nicht unmittelbar von den steigenden für den Kreis zu erwartenden Einnahmen die Summe des Koronenschlages im Rechnungsjahr 1931 aufzulösen Ueberweisungen von 170000 Mark auf den Kreis zu rechnen. Infolge geringerer Landesumlage für den Kreis, sowie 170000 Mark auf den Kreis zu rechnen.

Durch Sparmaßnahmen auf dem Gebiet der Fürsorge wird man auch hier versuchen, die Löhner einzusparen zu hoffen. Kreisrat Günther ist das andere Mittel, um das bankrotte, sozialistische System noch etwas zu halten. Wie viele Mittel aber nichts mehr! Sturz dieses verfaulenden Systems, Austritt aus dem sozialistischen Wirtschaftssystem ist der einzige Ausweg!

Telegramm

preisabbau durch treu-rabatt!

jede einheitspackung «9 zigaretten, gildehof 50g und bergmann-privat 60g» enthält

1 wertmarke • jede grosspackung «27 zigaretten» enthält 3 wertmarken.

für 25 wertmarken erhalten sie in jedem zigarrengeschäft eine einheitspackung

gratis! verlangen sie beim einkauf von „gildehof“ oder „bergmann-privat“ bei ihrem

händler Wertkarten gratis. HAUS BERGMANN • ZIGARETTENFABRIK A • G DRESDEN-A

